

Hohe Ziele auf dem Gipfel

Auf dem vierten Nationalen IT-Gipfel in Stuttgart wurden die Umriss der geplanten Strategie der Bundesregierung zur digitalen Zukunft sichtbar. Deutschland strebt eine internationale Vorreiterrolle beim E-Government an.

Eine Internet-Regierungserklärung – wie manche Kommentatoren erwartet hatten – gab Angela Merkel auf dem vierten Nationalen IT-Gipfel Ende vergangenen Jahres zwar nicht ab. Aber die Bundeskanzlerin machte deutlich: „Die neue Bundesregierung, die in diesem Jahr hier mit vielen Vertretern versammelt ist, hat sich dazu entschlossen, diesem Gebiet einen besonderen Stellenwert einzuräumen.“ Tatsächlich trafen sich am 8. Dezember 2009 in Stuttgart neben der Kanzlerin gleich vier Bundesminister mit Vertretern der IT-Industrie.

Die hohe Präsenz der Bundesregierung auf dem IT-Gipfel ist nur konsequent: Nach dem Maschinenbau beschäftigt keine andere Industrie in Deutschland so viele Menschen, Informations- und Kommunikationstechnologien sind zu einem der wichtigsten Wachstumstreiber der Volkswirtschaft geworden.

Wenn man den Aussagen auf dem Stuttgarter Gipfel Glauben schenkt, geht ohne IT sowieso nichts mehr. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle: „Informations- und Kommunikationstechnologien können dazu beitragen, dass wir den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts besser begegnen.

Das gilt zum Beispiel für die Bereiche Klimaschutz und Energieeffizienz, Mobilität, Gesundheit und Sicherheit sowie demografischer Wandel.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich in ihrer Rede vor den rund 600 Gipfelteilnehmern „zutiefst davon überzeugt, dass die Frage gleichwertiger Lebensbedingungen in Deutschland davon abhängen wird, wie der Zugang zum Internet ist“. Insbesondere die Zukunft der ländlichen Räume werde sich daran entscheiden, dass nicht nur Straßen dorthin führen, sondern der Anschluss an die Datenautobahn geschaffen werde. Die Bundeskanzlerin strich das bisher Erreichte heraus: Die Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer 115 sei gut vorangekommen, der neue elektronische Personalausweis werde eine spannende und ausbaufähige Sache und De-Mail Sorge für Rechtssicherheit bei der elektronischen Kommunikation. Merkel: „Wenn ich das mit dem Stand von vor vier Jahren vergleiche, sind wir in diesem gesamten Bereich erheblich vorangekommen.“

Was die Netzpolitik betrifft, ist für die Kanzlerin klar: Einerseits brauche es den offenen Zugang, andererseits sei das Internet aber kein



De Maizière will Netzpolitik im Web diskutieren.

rechtsfreier Raum. Sie bezeichnete es als eine gesellschaftlich-kulturelle Aufgabe, offen zu sein und keine Schranken aufzubauen, bevor die Möglichkeiten der neuen Technologie voll ausgetestet seien. Einen ersten Schritt zur neuen Offenheit kündigte Bundesinnenminister Thomas de Maizière auf dem IT-Gipfel an. Die Bundesregierung will eine breite Diskussion über die Netzpolitik führen und Dialogpartner werden für die Internet-Community. In mehreren Gesprächskreisen und begleitet durch Internet-Foren sollen verschiedene netzpolitische Themen übergreifend erörtert werden. Die erste Veranstaltung fand am 18. Januar 2010 statt. 18 Experten diskutierten mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Bundes-CIO Hans Bernhard Beus über Datenschutz und Datensicherheit im Internet.

Auf dem Stuttgarter IT-Gipfel kündigte die Bundeskanzlerin an, dass die Regierung im Sommer 2010 eine umfassende Strategie zur digitalen Zukunft Deutschlands vorlegen wird. Dies hatte das Kabinett auf der Klausurtagung im Schloss Meseberg Anfang November 2009 beschlossen. Einen ersten Vorschmack dazu gibt die Stuttgarter Erklärung, die auf dem IT-Gipfel verabschiedet wurde. Ein zentraler Punkt: Die Regierung will sich dem Thema „Intelligente Netze“ widmen, um für Deutschland eine internationale Vorreiterrolle bei Verkehrstelematik, Gesundheitsversorgung, E-Energy, E-Learning und E-Government sicherzustellen.

Zudem soll „Green made in Germany“ zu einer neuen Marke entwickelt werden. Dies soll der deutschen Industrie globale Wachstumschancen eröffnen. Allein bei umweltschonenden IT-Lösungen könne Deutschland bis 2020 ein Umsatzpotenzial von etwa 82 Milliarden Euro erschließen, heißt es in der Erklärung. In der Bundesrepublik soll der Technologiewettbewerb IT2Green Investitionen in Höhe von 60 Millionen Euro auslösen. Im Mittelstand, der öffentlichen Verwaltung und beim Wohnungsbau sollen Projekte für den energie- und umwelteffizienten IT-Einsatz entwickelt und erprobt werden, etwa durch intelligentes Last-Management von Rechenzentren oder die

Nutzung von Cloud Computing und Thin Clients.

Unter der Überschrift „Bessere Erreichbarkeit des Staates auch im Netz“ listet die Stuttgarter Erklärung Maßnahmen auf, wie mehr Transparenz, Bürgernähe und Servicequalität der öffentlichen Verwaltung erreicht werden können. Wörtlich heißt es: „Wir prüfen die Möglichkeit, mit einem E-Government-Gesetz die Anforderungen an elektronische Verfahren zu reduzieren und zu vereinheitlichen sowie eine einheitliche Plattform für die elektronische Kommunikation und für durchgängige Prozessketten zwischen Unternehmen und Staat aufzubauen.“ Die zwischen Bund, Ländern und Kommunen diskutierten Eckpunkte einer nationalen E-Government-Strategie sollen die Voraussetzung für ein föderales und kooperatives E-Government in Deutschland bilden und Arbeitsgrundlage und Agenda des neuen IT-Planungsrats sein.

Die Gipfeltreffen zwischen Staat und IT-Branche sollen auch künftig fortgesetzt werden. Denn, wie Bundeskanzlerin Merkel konstatierte, es gebe eine wunderbare und gute Gemeinschaftsarbeit von Politik und Privaten. „Was ich hier erlebe, das ist eine hohe Verantwortungsbereitschaft der Wirtschaft für die Zukunft der eigenen Branche und für die Zukunft unseres Landes“, sagte die Kanzlerin. Allerdings will das Bundeswirtschaftsministerium laut Minister Brüderle die Organisation straffen. Angela Merkel gab in Stuttgart den Hinweis auf den Veranstaltungsort des IT-Gipfels 2010: „Nächstes Jahr gibt es Dresdner Stollen.“

Alexander Schaeff

Link-Tipp

Die Stuttgarter Erklärung „Vernetzt die digitale Zukunft gestalten“ kann auf der Website des Bundeswirtschaftsministeriums heruntergeladen werden:

- www.bmwi.de

Den Deep Link finden Sie unter www.kommune21.de.